

DER ANTIKOMMUNISMUS WIRD NICHT DURCHKOMMEN!

Seit der Resolution des Europarats zur „Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime“ am 25. Januar 2006 in Straßburg, nehmen in fast allen ehemaligen sozialistischen Ländern antikommunistische und antidemokratische Angriffe zu. Das Verbot der Verwendung kommunistischer Symbole in Ungarn und anderen Staaten, das Verbot des Kommunistischen Jugendverbands in Tschechien, der Beschluss des rumänischen Parlaments über die „Verurteilung des Kommunismus als rechtswidriges und verbrecherisches System“ sowie das Gesetz zur „Entkommunistifizierung“ des Landes und nicht zuletzt der Beschluss zum Abbau und die Versetzung des sowjetischen Kriegerdenkmals in Estland im April dieses Jahres sind alles Ereignisse, die einer generellen Strategie der „Hexenjagd“ auf den Kommunismus als politische Kraft und als Weltanschauung folgen.

Die Bourgeoisie verfolgt konsequent ihren Plan zur Illegalisierung der Tätigkeit der kommunistischen Parteien, die schon in vielen Ländern verboten sind, der Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Faschismus sowie der Umschreibung der Geschichte.

Der Zeitpunkt des Erlasses des Lustrationsgesetzes fällt übrigens nicht zufällig mit den Verhandlungen zwischen der polnischen und der US-amerikanischen Regierungen zum Bau einer Raketenbasis in Polen als „Schutzschild vor terroristischen Angriffen“ zusammen.



November 2006: Protestkundgebung gegen das Verbot der KSM anlässlich des Staatsbesuchs des tschechischen Präsidenten in Athen

Nachdem seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts der Antikommunismus Staatsdogma in den osteuropäischen Ländern geworden ist, soll jetzt ein gesamteuropäisches Netzwerk des Antikommunismus entstehen, um den kapitalistischen Kräften die Zerschlagung der kommunistischen Ideologie zu ermöglichen. War der Antikommunismus in den ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas seit 1989

ein Instrument zur Umgestaltung dieser Länder und ihrer Gesellschaften nach den Erfordernissen der Wiedereinführung des Kapitalismus und ihrer Eingliederung in Organisationen wie NATO und EU, dient der Antikommunismus jetzt als Mittel zur Verblendung der Menschen, die gegen die Konsequenzen von „Freiheit und Demokratie“ aufbegehren.



Januar 2006: Kundgebung vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am Tag der Beschlussfassung über das Antikommunistische Memorandum

Wenn es keine Alternative zum Kapitalismus geben kann, kann auch kein Widerstand entstehen, der den Umsturz dieses Systems zum Ziel hat, und so zu einem besseren, menschenwürdigem Leben führen kann. Dieses Leben bleibt heute der absoluten Mehrheit der Menschheit verwehrt.

Deswegen darf die Erinnerung an die Errungenschaften der ehemaligen sozialistischen Länder nicht mehr lebendig bleiben. Die Geschichte muss neu geschrieben werden. Die kommunistischen Parteien werden aufgefordert, die Geschichte des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung insgesamt zu „überdenken“ und neu zu „bewerten“ bzw. mit dieser zu brechen.

Bestandteile der kommunistischen Ideologie wie Gleichheit und soziale Gerechtigkeit oder des „nostalgischen Anhängens“ an der kommunistischen Idee auch innerhalb der Jugend sollen aus dem kollektiven Gedächtnis der Völker getilgt werden, damit kein Zweifel an der Richtigkeit der schönen neuen Welt von heute aufkommen kann. Dadurch erhoffen sich die Kapitalisten, dass kein Mensch mehr Widerstand leisten wird.

Diesen reaktionären Plänen zum Trotz verstärkt sich die Front gegen den antikommunistischen Feldzug, wie die Reaktion vieler Kommunistinnen und Kommunisten und anderer fortschrittlichen Menschen europa- und weltweit zeigt. Der Antikommunismus wird nicht durchkommen!